

# Danziger Volksstimme

Organ für die werktätige Bevölkerung  
 der Freien Stadt Danzig  
 Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Die „Danziger Volksstimme“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreise: In Danzig bei freier Zustellung ins Haus monatlich 5.— Mk., vierteljährlich 14.— Mk., halbjährlich 24.— Mk., Redaktion: Am Spandhaus 6. — Telefon 720

Angelnummer: Die eingepaltene Zeile 3.— Mk. von auswärts 4.— Mk. Arbeitsmarkt u. Wohnungsangelegenheiten nach bel. Tarif, die eingepaltene Zeile 9.— Mk. von auswärts 12.— Mk. Bei Wiederholung Rabatt. Annahme bis früh 9 Uhr. — Postfachkonto Danzig 2945. Expedition: Am Spandhaus 6. — Telefon 3230.

Nr. 46

Donnerstag, den 23. Februar 1922

13. Jahrgang

## Sabotage der Sozialpolitik.

Als im Jahre 1919 bekannt wurde, daß Danzig vom Deutschen Reich getrennt würde, erklärte bei einer Tarifverhandlung ein bekannter Arbeitgeber: „Gott sei Dank, daß wir in Danzig dann den Achtstundentag los werden.“ Nach der in diesem Ausdruck zutage tretenden Feindschaft gegen die Sozialpolitik haben die bürgerlichen Parteien bisher auch im Freistaat gehandelt. Wir wollen nicht ohne weiteres behaupten, daß ihre Gesinnungsfreunde im Deutschen Reich nun viel sozialer und fortschrittlicher gesonnen seien. Wenn dort in den ersten Monaten der deutschen Republik auch noch einige soziale Gesetze unter der Zustimmung bürgerlicher Parteien geschaffen wurden, so geschah das einerseits nur unter dem Druck der Arbeiterklasse, und andererseits konnten die bürgerlichen Parteien auch nicht ganz den Willen der in ihren Reihen vertretenen Arbeitnehmer mißachten. In Danzig aber glauben die bürgerlichen Parteien, daß sie diese Rücksichten überhaupt fallen lassen. Deshalb wurde bei der Schaffung der Danziger Verfassung auch das Betriebsrätegesetz völlig übergegangen. Als deutsche Sozialdemokraten können wir heute mit Stolz feststellen, daß auf diesem Gebiet die Arbeiterklasse keines anderen Landes das erreicht hat, was das Betriebsrätegesetz trotz seiner vielfachen Mängel der deutschen Arbeiterklasse an Rechten gebracht hat. Andererseits ist die deutsche Volkswirtschaft trotz des Betriebsrätegesetzes nicht zusammengebrochen, wie es reaktionäre Unternehmerkreise seinerzeit prophezeit. Wenn heute manche läblen Erscheinungen des Jahres 1919 in der Arbeiterklasse nicht mehr vorhanden sind, so verdankt Deutschland das in erster Linie dem Betriebsrätegesetz. Das alles sollte dazu führen, daß nunmehr auch für Danzig ein Betriebsrätegesetz geschaffen wird. Das ist nicht nur eine Forderung der Sozialdemokratie, sondern auch die bürgerlichen Arbeitnehmerorganisationen fordern dieses Gesetz. Es wäre nur zu wünschen, daß sie in ihren Parteien ihrem Einfluß in dieser Beziehung mehr Geltung verschaffen würden.

Daß in den maßgebenden Kreisen der Danziger bürgerlichen Parteien noch immer kein soziales Verständnis vorhanden ist, zeigte sich bei der gestrigen Beratung des Gesetzes über die Neuregelung der Erwerbslosenfürsorge. Der Senatsementwurf war im Ausschuss für soziale Angelegenheiten durchgearbeitet und auf Anträge der sozialistischen Parteien hin mehrfach verbessert worden. Damit war aber der Born der Spießbürger und der Kapitalgewaltigen erregt worden. Letztere hatten bei den bürgerlichen Parteien gegen die Beschlüsse des Sozialen Ausschusses Einspruch erhoben. Und da sämtliche bürgerlichen Parteien sich immer nur als die Willensvollstrecker der Carlson, Klawitter und Konjorten ansehen, trogten sie gehorsam zu Kreuz. Der Profit des Unternehmertums galt ihnen wieder einmal mehr als die Not der Arbeitslosen. Deshalb beantragten sie Zurückverweisung der Vorlage an den Sozialen Ausschuss, um so zu versuchen, die wenigen Verbesserungen im Gesetz wieder herauszubringen. Hier erklärte der Bürgerblock auch, daß es nicht angängig sei, deutsche Gesetze noch zu erweitern. Man könne auch die Tragweite der neuen im Ausschuss beschlossenen Bestimmungen auf das Wirtschaftsleben nicht übersehen. Wenn es sich aber darum handelt, Kapitalinteressen zu hüten, da kennen die bürgerlichen diese zarte Rücksichtnahme auf deutsche Gesetze nicht, wie wir es beim Betriebsrätegesetz und den Steuergesetzen erlebt haben. Von sozialdemokratischer Seite nagelte besonders Genosse Klossowki dieses jedem sozialen Verständnis hohnsprechende Verhalten des Bürgerblocks fest. Aber alle eindringlichen Reden und Mahnungen prallten an der kapitalistischen Gesinnung der Blockparteien ab. Auch ihre Arbeitnehmervertreter machten diese Politik der Millionäre Klawitter und Carlson ohne Widerspruch mit. Die Linke quittierte für dieses brutale Verhalten des Bürgerblocks dadurch, daß sie bei der weiteren Beratung zweimal Beschlußunfähigkeit des Hauses herbeiführte.

Ein Gesetzesentwurf über die Abänderung des Krankenversicherungsgesetzes, der insbesondere eine Erhöhung der Versicherungsgrenze auf 40 000 Mk. bringt, und ein Gesetzesentwurf über Wochenhilfe und Wochenfürsorge wurden ohne Aussprache in zweiter und dritter Lesung verabschiedet. Ein Gesetzesentwurf über die Abänderung des

Reichsversicherungsgesetzes für Angestellte wurde dem Sozialen Ausschuss zur weiteren Beratung überwiesen.

## Englisch-französische Verhandlungen über Genua.

Aus Rom wird gemeldet, daß als wahrscheinlicher Zeitpunkt der Genuaer Konferenz der 28. März angegeben wird.

Gavas berichtet, daß Lloyd George und Poincaré in ein oder zwei Tagen in Frankreich zusammentreffen würden, allerdings nicht in Paris. Die Unterredung der beiden Staatsmänner würde nur einige Stunden dauern und streng privaten Charakter tragen. — Neuster veröffentlicht hierzu eine Erklärung, in der der gemeinsame Wunsch Frankreichs und Englands hervorgehoben wird, daß eine private vertrauliche Unterredung zwischen den beiden Premierministern zu dem gegebenen Zeitpunkt stattfinden möge. Ort und Datum seien noch festzusetzen. Lloyd George werde nur von einem Sekretär begleitet und nicht länger als einen Tag von London abwesend sein. Die alliierten Sachverständigen würden erst nach der Zusammenkunft der beiden Premierminister ihre erste Sitzung abhalten.

Paris, 22. Febr. Dem „Pelt Parisien“ zufolge habe man sich im Laufe einer Unterredung zwischen dem Ministerpräsidenten Poincaré und dem englischen Vorkämpfer Lord Hardinge grundsätzlich über eine demnächst stattfindende Begegnung zwischen den Mitgliedern der beiden Regierungen geeinigt. Der Gegenstand der Unterredung werde die endgültige Einigung über die Frage sein, die das französische Memorandum wegen des Programms der Genuaer Konferenz aufgeworfen habe. Das Blatt hofft, daß die Unterredungen auf das allgemeine Problem, vielleicht auch auf die Frage der internationalen Schulden ausgedehnt werden. Solange Lloyd George seine Bedenken, die er Loucheur gegenüber am 8. Dezember ausgesprochen habe, nicht aufgegeben, werde es wahrscheinlich vergeblich sein, die wirtschaftliche Krise zu heilen, unter der Europa heute leide. Frankreich und England müßten sich, unterstützt von der kleinen Entente, entschließen, zunächst die großen Schwierigkeiten Europas zu lösen, statt noch weiter auf den Beistand Amerikas zu warten.

Wie der sozialdemokratische Parlamentsdienst mitteilt, hat die in Berlin weilende Delegation der Reparationskommission der deutschen Regierung einen Vorschlag überreicht, die in Cannes vereinbarten Sachlieferungen im Betrage von 1450 Millionen Goldmark nicht nur an Frankreich, sondern an alle alliierten Staaten abzuliefern.

Der Minister für die befreiten Gebiete empfing gestern eine Anzahl Delegierter des Ausschusses für die zerstörten Gebiete, die ihm Mitteilung machten von dem Plan des Wiederaufbaues der sogenannten „roten Zone“ mittels deutschen Materials und mit Hilfe deutscher Arbeiter. Der Minister erwiderte, er werde sein möglichstes tun, um die Reparationen durch Sachlieferungen zu ermöglichen, die Verwendung deutscher Arbeitskräfte in dessen bedürfte der Zustimmung der betreffenden Einwohner.

## Die Neuwahl des Reichspräsidenten.

Gestern begann im Reichstag die 2. Beratung des Etats für 1922 mit dem Haushalt des Reichspräsidenten. Einige Redner der Rechten schritten hierbei die Frage der Neuwahl des Reichspräsidenten an und erklärten, daß im Volke große Beunruhigung darüber herrsche, daß noch kein neuer Wahltermin angefeht worden sei. Reichsjustizminister Dr. Radbruch lehnte es ab, bei diesem Staatsmittel dazu Stellung zu nehmen. Kommunistische Redner riefen dazwischen: Weg mit Ebert und weg mit einem Reichspräsidenten überhaupt, der ein ganz überflüssiges Möbel ist. Beim Etat des Reichskanzlers erklärte Reichskanzler Dr. Wirth, von einer Beunruhigung im Volke wegen der Frage der Neuwahl könne keine Rede sein. Nachdem aber die oberschlesische Frage ihre vorläufige Regelung gefunden habe, werde die Regierung Gelegenheit geben, mit den Parteiführern in Vorbesprechungen wegen der Neuwahl des Reichspräsidenten einzutreten. Der Reichstag selber werde sich demnächst mit der Frage beschäftigen können. Die Haushalte des Reichspräsidenten und des Reichskanzlers wurden darauf genehmigt.

## Die französische Bluttat in Oberschlesien.

Zur Erschießung des Polizeiwachmeisters Rüfenberg in Petersdorf bei Gleiwitz wird mitgeteilt, daß die deutsche Regierung sich entschlossen habe, bei der interalliierten Kommission für Oberschlesien geeignete Schritte zu tun.

Der Auswärtige Ausschuss des Reichstags erlebte heute zunächst Petitionen. Im Anschluß an eine Anfrage des Abgeordneten Dr. Fritschel wurden von Mitgliedern verschiedener Parteien die unerträglich gewordenen Verhältnisse im oberschlesischen Besatzungsgebiet erörtert, namentlich unter Bezugnahme auf die jüngsten Vorgänge in Gleiwitz. Einmütig kam zum Ausdruck, daß die Regierung schärfsten Einspruch gegen die Gewalttaten erheben müsse. Die interalliierte Kommission in Duppeln müsse darauf hingewiesen werden, daß es ihre Pflicht sei, die Bevölkerung Oberschlesiens gegen die Fortsetzung solcher Gewalttaten zu schützen.

## Eine Reichskonferenz der USP.

Gestern tagte im Reichstagsgebäude eine zahlreich besetzte Reichskonferenz der U.S.P.D. Wie die „Freiheit“ berichtet, hielt Crispian ein längeres Referat über die politische Lage, in dem er die Gründe darlegte, die die Mehrheit der unabhängigen Reichstagsfraktion bestimmten, das von der Regierungsparteien beantragte Vertrauensvotum abzulehnen. Nach längerer Aussprache wurde eine Entschließung angenommen, in der die Konferenz die Gründe billigt, die die Mehrheit der Reichstagsfraktion zu ihrer Abstimmung am 15. Febr. bewegen haben. Darauf wurde über die Aufnahme der kommunistischen Arbeitsgemeinschaft beraten und nach kurzer Debatte eine Entschließung angenommen, wonach über die Aufnahme als Mitglied zunächst der Vorstand des Ortsvereins zu entscheiden hat.

## Der gerichtete Ludendorff.

Professor Hans Delbrück hat ein Buch herausgegeben, betitelt Ludendorffs Selbstporträt. Hierin läßt Delbrück scharfe Kritik an dem Strategen und Politiker Ludendorff. Die deutschnationale Presse ist über diese Kritik an ihrem Heiligen ganz aus dem Häuschen geraten und fällt wütend über Delbrück her. Die hiesige „Allgemeine Zeitung“ spricht von einem „Panphlet Delbrücks“ und von „einer unverfälschten Kritik des Papierstrategen Delbrück“. Gegenüber diesen nationalistischen Schimpfereien auf den berühmten 74 jährigen Gelehrten sei festgestellt, daß sich Delbrück in der Hauptsache darauf beschränkt, Ludendorff auf Grund seiner Taten und seiner Taten zu beurteilen. Dabei kommt er dann allerdings zu dem Urteil, daß die Wort. Ludendorffs mit seinen Taten meistens wenig übereinstimmen und das Ludendorffs Einsprüche in die politische Zeitung und aufs schwerste geschädigt hat. Das ergibt sich am deutlichsten bei Ludendorffs Stellungnahme zur Gründung des selbständigen Polenstaates. Die Nationalisten haben bekanntlich dem verstorbenen Reichskanzler Bethmann Hollweg vorgeworfen, daß er den Polenstaat eifertig gegründet und damit das kland. Ostdeutschlands verschuldet habe. Selbst Ludendorff bekam es fertig, in seinen Memoiren zu schreiben, daß es „eine geschichtliche Unwahrheit sei, wenn die Dritte D. S.-L. mit dem Gedanken der Selbständigkeit Polens belastet wird. Der Gedanke stammt von der Politik, aber auch General v. Falkenhayn hat sich im Juli 1918 mit der Selbständigkeit Polens dem Reichskanzler gegenüber abgefunden. Die Dritte D. S.-L. hat es nie verstanden, daß bei dem so klaren Sachverhalt ihr die politische Verantwortung hierfür zugeschoben wurde.“ Ludendorff hat es „nie verstanden“, aber Delbrück veröffentlicht jetzt die folgenden Dokumente, aus denen sich der „so klare Sachverhalt“ unüberlegbar ergibt:

Ludendorff an Zimmermann.

20. 10. 15.

Je mehr ich darüber nachdenke, desto mehr festigt sich in mir der Gedanke, daß Polen auf keinen Fall an Rußland zurückgegeben werden darf, daß Polen auch nicht an Desterreich fallen kann, sondern daß es mehr oder weniger selbstän-

...wird die ...

Die Schwärmer ...

Als dann auf ...

Neben den ...

Solange wir ...

Wenn Delbrück ...

...wird die ...

Gründlicher ...

Die Handgranate.

In der ...

Die Handgranate. So nannte Graf Westarp den Brief, den der frühere deutsche Kronprinz an den Professor Jörn geschrieben und in dem er zur Demokratie eine ähuliche wohlwollende Haltung eingenommen hat, wie — na, sagen wir einmal: unser Stresemann. Eine Handgranate, mitten in den Kreis der deutschen Monarchisten hineingeschleudert — fluchen die um Westarp und Herghit. So ähulich freischütten Wilhelm und sein Sohn, als ihnen die konservativen Blätter im November 1918 einen Gesellschaftsbericht nach dem andern verleseten und konservative Blätter ihre monarchistischen Inschriften änderten. Warum soll also beim Kronprinzen ein Verbrechen sein, was bei seinen ehemaligen Erbannten als eble Zweckmäßigkeit gelobt wurde? Es handelt sich hier nicht um Unterschiede des Geschmacks, sondern nur des Tempos. Wilhelms Sohn steht die Konsequenzen aus dem Kapp-Putsch und dem Jagow-Putsch und stellt sich auf den Boden der gegebenen Tatsachen — sagen wir wiederum: wie Stresemann. Zu diesen fatalen Tatsachen gehört unter anderem, daß Kronprinz Rupprecht an der Seite des Vaters die Anwartschaft der Wittelsbacher auf „ihren Thron“ verlinde. Der hat gut reden — er ist in Bayern. Kronprinz Friedrich Wilhelm hingegen vegetiert im Exil und möchte gern wieder zu seinem Volke. Die Angst vor der Konkurrenz leidet seiner Sehnsucht Flügel. Denn in der Politik wie in der Liebe gilt das Wort: Man muß da sein! Jedoch, Wilhelm jun., bei allem Respekt vor deiner alten, ehrlichen demokratischen Seele: Es ist schade ums Fahrgeid; und wenn du 4. Klasse fährst — es lohnt sich nicht. Immerhin seht ihr Hohenzollern eine talentvolle Familie! Der Vater schwört beim Holzhaden, so mühten künftig in der Heimat rechts und links verschiedene Köpfe fliegen. Eitel Friedrich verschiebt das Familien-Vererben und prellt „sein Volk“ um die Steuern, indes ein anderes Hohenzollernsches Finanzgenie, Prinz August Wilhelm, von einer großen deutschen Bank zum Eintritt in den Aufsichtsrat aufgebodert wurde. Der entmündigte Leopold von Hohenzollern listete in den Revolutionstagen eine rote Fahne — und nun kommt gar Friedrich Wilhelm, der Jögling des Januschauers („Wenn ich einst an der Spitze meiner Danziger Putzaren ...“) und will mit Gewalt Demokrat werden! Derselbe Kronprinz, der den Sozialistenstreich seiner Junker einst von der Reichstagstribüne Weisfall klatschte.

Bei Gott, ein vielseitiges Geschlecht, eine feine Familie, die man im Auge behalten sollte.

Aufhebung der deutschen Gesandtschaft in Georgien.

Wie die ...

Die amerikanische Zustellungsstatastrophe.

Der Reichsminister ...

Auslieferung der spanischen Anarchisten.

Die des Mordes ...

Gegen die Kapitalflucht.

Der finanzpolitische ...

Schiedspruch im Mansfelder Bergarbeiterstreik.

In Sachen des ...

Der Wiederaufbau Nordfrankreichs.

Nach einem Bericht ...

Ich bin das Schwert!

Roman von ...

Ich entsann mich ...

Mehr als ich ...

Welche erbärmlichen ...

Nein — ich ...

„Innerlich sind ...

„Sie werfen alle ...

„Sie sind eine ...

„Ja, das ist alles ...







